

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/76

21. April 1977

Kniefall vor Strauß

Dr. Helga Wex und "Freiheit statt/oder Sozialismus"

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 / 19 Zeilen

Jahresbilanz einer Behörde

Ein Wort des Dankes an die Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 78 Zeilen

Demokratisches Engagement muß sachlich fundiert sein

Legitimationakrise unserer Demokratie - Identitätskrise der Demokraten

Von Hans-Ulrich Klase

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 4 und 5 / 91 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmitt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 409
Freizeithaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 80 39/39
Telex: 08 80 945-48 pphn 1

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kniefall vor Strauß

Dr. Helga Wex und "Freiheit statt/oder Sozialismus"

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Mit dem mir gemachten Vorwurf der Konzept- und Ratlosigkeit wollte sich die Vorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Dr. Helga Wex, sicher nur dieser Tage in Lübeck selbst Mut machen. Der "gewachsene Stellenwert der Familien- und Frauenpolitik", der in den nun beginnenden "Strategiediskussionen zwischen CDU und CSU" zum Ausdruck kommen müsse - so Frau Wex - müsse sich u.a. am "Modell der Partnerrente" und im Erziehungsgeld niederschlagen.

Das bisherige Schicksal dieser Forderungen ist aber nicht eben ermutigend, wenn man den Diskussionsentwurf des CDU/CSU-Wahlprogramms von 1976 mit der vagen Endfassung des Wahlprogramms vergleicht. Dort war Partnerrente nur noch als "denkbare Möglichkeit", Erziehungsgeld gar nicht mehr erwähnt.

Kein Wunder, denn schließlich hatte Franz Josef Strauß schon in Sonthofen davor gewarnt, "den Unternehmern das Erziehungsgeld aufzulasten, für das sowieso jede finanzielle Verwirklichungsmöglichkeit auf unabsehbare Zeit überhaupt fehlt".

Dies sind die Alternativen der Unionsparteien, von denen Frau Wex in Lübeck behauptete, sie ließen sich auf keinem Gebiet so deutlich herausarbeiten wie in der Familien- und Frauenpolitik. (-/21.4.1977/ks/cb)

+ + +

Jahresbilanz einer Behörde

Ein Wort des Dankes an die Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"
der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist modisch geworden, die angebliche Ineffektivität von Behörden zu geißeln. Es gibt kaum noch Journalisten, denen nicht zum Thema Beamten dieses und jenes, Ironisches und Abtrüggliches einfiel. Der Ritt auf der Welle des allgemeinen Vorurteils ist bequem. Umso notwendiger erscheint, am Einzelfall die Effektivität einer Behörde zu testen. Nehmen wir zum Beispiel die Bundesanstalt für Arbeit, die dieser Tage ihre Dienstleistungen während des Jahres 1976 einmal aufgelistet hat.

Der Personalplafond der Bundesanstalt ist auf "normale" Geschäftsjahre - solche also, in denen Arbeitslosigkeit eher als Erinnerungsposten in der beschäftigungspolitischen Gesamtbilanz aufgeführt wird - zugeschnitten. Seit 1974 ist allerdings die Lage nicht mehr "normal". Seither muß mit nur mäßig steigendem Personalbestand (von 33.137 Beschäftigten 1974 bis zu 40.700 Bediensteten derzeit) Arbeitslosigkeit bekämpft, verwaltet, finanziert und über das Kurzarbeitergeld oder vergleichbare Instrumente verhindert werden. In nüchternen Zahlen (und dahinter stehen immer menschliche Schicksale) schaute das Jahr 1976 für die Bundesanstalt so aus:

1976 haben sich bei den Arbeitsämtern 3.256.000 Arbeitslose gemeldet. Weitere 1,1 Millionen suchten über das Arbeitsamt eine andere, zukunfts-trächtigere Beschäftigung. Und 1,337 Millionen Bürger erheischten Rat und Hilfe von der Arbeitsverwaltung. Das summiert sich zu 5,7 Millionen "Vorgängen" in einem Geschäftsjahr. Dazu kommen 2.312.000 offene Stellen, die den Arbeitsämtern 1976 angeboten wurden, und 2.327.000 Arbeitnehmer, die in einem neuen Job vermittelt wurden. Für 3.842.000 Arbeitnehmer mußte 1976 zeitweilig oder auf Dauer Kurzarbeitergeld gezahlt werden, 455.000 Arbeitnehmer kamen in den Genuß von Leistungen zur Förderung der Arbeitsaufnahme. 152.000 wurden in beruflichen Bildungsmaßnahmen auf einen neuen, höher qualifizierten Job vorbereitet (ein Drittel davon waren Arbeitslose) und eine Million Schulabgänger suchten über das Arbeitsamt um Rat und Vermittlung in Ausbildungsplätzen nach.

Die Bediensteten der Arbeitsverwaltung saßen allerdings nicht nur an ihren Schreibtischen. 48.000mal schwärmten sie 1976 zu Schulbesprechungen, Elternversammlungen, Vorträgen und ähnlichen Veranstaltungen aus. Sie hatten ferner 893.000 Neuanträge auf Kindergeld zu bearbeiten und halfen 97.000 Arbeitnehmern mit dem Zahlen von Konkursausfallgeld über die ersten Klippen nach der Pleite des ehemaligen Arbeitgebers.

Die Behörde konnte es nicht allen Ratsuchenden und Leistungsempfängern recht machen. 323.000 Widersprüche und Klagen waren zu bearbeiten. Die

Statistik weist eine steigende Tendenz auf. Nicht enthalten in der Jahresrechnung sind die Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation, die im abgelaufenen Jahr bearbeitet oder eingeleitet werden mußten. Es gibt eher einen indirekten Hinweis durch die Tatsache, daß 323.000 ärztliche Begutachtungen vorgenommen wurden. Auch hier stieg die Fallzahl mit den Jahren.

Soweit eine Jahrebilanz, die sich gewißlich sehen lassen kann. 1976 war, wie gesagt, wiederum kein Normaljahr. Mit der Flut der Geschäftsvorgänge wächst natürlich die Gefahr, daß die Arbeitslosen weniger individuell bersten, sondern mehr kartellmäßig erfaßt und vierteljährlich einmal "umgeschichtet" werden. Es ist bekannt, daß viele Vermittler vor Ort an die 1.200 und mehr Arbeitslose zu betreuen haben. Deshalb stellt sich immer dringender die Forderung, den Personalbestand der Bundesanstalt für Arbeit den ständig gestiegenen Anforderungen anzupassen. Hier etwa Stellen einsparen zu wollen, hieße an der falschen Stelle sparen. Im Gegenteil: unbürokratische und schnelle Lösungen sind vonnöten. So könnte sich die Arbeitsverwaltung etwa den Sachverstand jener arbeitslosen älteren Angestellten zunutze machen, die einschlägige Erfahrungen auf dem Gebiet der betrieblichen Personalpolitik aufweisen. Dieser Personenkreis sollte reaktiviert und in die Betreuung der Arbeitslosen eingeschaltet werden.

Nicht wenige Arbeitslose - und davon wieder besonders der Personenkreis, der zwölf Monate und länger ohne Beschäftigung ist - haben erhebliche Barrieren beim Vorstellungsgespräch im Unternehmen zu überwinden. Hier wäre eine sachkundige Begleitung sicher nützlich. Sie wäre es auf jeden Fall aber bei jenen Arbeitslosen, die nur sehr unlustig die Vorstellungstour absolvieren in der Hoffnung, doch nicht eingestellt zu werden. Es ist zwar nur eine verschwindende Minderheit, aber sie summiert sich zu Zehntausenden.

Ebenso dringend notwendig wäre es, in sachkundiger Beratung die Personalbüros von überzogenen Anforderungen an die Stellungsuchenden abzubringen. Beim derzeitigen Gedrängel auf dem Arbeitsmarkt wird immer häufiger der 25jährige Angestellte mit möglichst 40jähriger Berufserfahrung angefordert. Nur zögernd verstehen sich die Betriebe dazu, auch dem älteren Arbeitslosen eine Chance zu geben.

Nimmt man die Jahresbilanz 1976 der Bundesanstalt für Arbeit, dann ist es sicher angebracht, den Männern und Frauen der Arbeitsverwaltung ein herzliches Dankeschön zu sagen. Die Behörde, von der noch vor einigen Jahren gegarwöhnt worden war, sie sei lediglich nur mit sich selbst beschäftigt, hat sich erstaunlich schnell und erstaunlich elastisch den neuen Arbeitsbedingungen und -anforderungen angepaßt. Natürlich gibt es auch da schwarze Schafe - aber der Gesamteindruck ist positiv.

(~/21.4.1977/va/ja)

+ + +

Demokratisches Engagement muß sachlich fundiert sein

Legitimationskrise unserer Demokratie - Identitätskrise der Demokraten

Von Hans-Ulrich Klose

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Frage, ob Anspruch und Wirklichkeit unseres politisch-bürger-schaftlichen Engagements sich entsprechen oder auseinanderklaffen, ist un-bequem; aber sie muß beantwortet werden, zumal sich in unserem Gemeinwesen Entwicklungstendenzen zeigen, die Anlaß zur Sorge geben. Dabei sind zu-nächst die Parteien und wir Politiker gefragt, weil wir erkennen müssen, daß wir durch unser Verhalten solche Entwicklungstendenzen nicht nur nicht verhindert, sondern ihnen sogar Vorschub geleistet haben.

Das Hauptproblem ist die allseits zu registrierende Neigung zu immer stärkerer parteipolitischer Polarisierung. Nicht daß ich gegen demokrati-schen Wettbewerb wäre und Meinungsverschiedenheiten verkleistern wollte. Von nützlichen Konflikten, also solchen, die zur Klärung eines Problems beitragen und uns daher in der Sache weiterbringen, lebt die Demokratie, der demokratische Prozeß der Meinungs- und Willensbildung. Viele Konflikte sind in diese Kategorie der "nützlichen" nicht einzuordnen, sondern höchst überflüssig. Demokratischer Wettbewerb, der nach idealtypischen Vorstellun-gen mit Argumenten ausgetragen werden soll, verzerrt sich zunehmend in prin-zipieller Gegnerschaft, bei der es nicht mehr um die Sache, sondern zumeist nur noch um Personen und Positionen, um Macht geht.

Das ist eine ungute, gefährliche Entwicklung. Die Bürger haben vielfach zu Recht den Eindruck, daß die Politiker ihr Geschäft nur noch miteinander bzw. gegeneinander und über die Köpfe der Menschen hinweg und ohne allzu große Rücksicht auf deren wirkliche Bedürfnisse betreiben. Das Gefühl "denen da oben" nicht mehr trauen zu können, ihnen ausgeliefert zu sein, nimmt in bedenklicher Weise zu. Das ist gefährlich, weil das Mißtrauen der Bürger nicht mehr nur die Personen trifft, sondern sehr schnell auch die Institu-tionen des demokratischen Staates - dazu gehören auch die Parteien - erfassen kann und weil mangelndes Vertrauen in diese Institutionen dazu führen kann, daß die Bürger die Dinge selbst in die Hand nehmen und ihre Ansprüche und In-teressen selbst zu verwirklichen suchen.

Letzteres muß nicht schädlich, es kann sogar nützlich sein. Nützlich im Sinne einer wirklichen Demokratisierung unseres Lebens, weil unsere pluralistische Gesellschaft die selbstbewußte Vertretung von Ansprüchen und Interessen geradezu voraussetzt (was nicht heißt, daß alle Ansprüche und Interessen gleich legitim wären). Nur darf dies nicht gegen die demo-kratischen Institutionen, außerhalb der demokratischen Spielregeln und ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl geschehen. Es gibt jedoch heute - neben der schon von Professor Weichmann beklagten Neigung, den Staat als "Selbst-bedienungsladen" mißzuverstehen - eine Tendenz zur Verweigerung, zum orga-nisierten Widerstand gegen die demokratischen Institutionen.

Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn es sich bei den Organi-satoren solchen Widerstands um Extremisten rechter oder linker Couleur

handelt. Nachdenklich stimmt es uns aber, wenn gutwillige, demokratisch engagierte Bürger organisiert in mancherlei Bürgerinitiativen und sonstigen Aktionsgemeinschaften gegen Entscheidungen von demokratisch legitimierten Gremien ankämpfen - mit dem Ziel, die Realisierung dieser Entscheidungen zu verhindern und andere Entscheidungen zu erzwingen. Hier offenbart sich eine Legitimationskrise unserer Demokratie, eine Identitätskrise der Demokraten. Wie ist das zu erklären?

Drei Erklärungen für Protest und Widerstand sind denkbar:

1/ Die politische Entscheidung, gegen die sich der Protest richtet, ist getroffen worden, ohne die durch sie Belasteten mit ihren Argumenten zu hören, ohne ihre Argumente zu würdigen und folglich ohne ausreichende Begründung. Diesem Mangel, der bei den Betroffenen Verärgerung und Vertrauensdefizite auslösen muß, kann und muß nach meinem Demokratieverständnis durch mehr Mitwirkung und wirkliche Mitbestimmung, durch bessere Informationen und mehr "Miteinander-Reden" abgeholfen werden. Das bedeutet nicht, daß die letztlich doch von der Regierung oder vom Parlament zu treffende Entscheidung anders ausfallen müßte. Die Bürger werden jedoch, da sie mit ihren Argumenten gehört und ausreichend informiert worden sind, die Entscheidung eher akzeptieren.

2/ Die Entscheidung ist falsch, unvertretbar, vielleicht sogar schädlich. In einem solchen Fall, der bei der Kompliziertheit demokratischer Entscheidungsprozesse nur schwer auszumachen, der aber objektiv möglich ist, wären die Politiker gut beraten, wenn sie ihre falsche Entscheidung, gegen die sich der berechtigte Protest der Bürger richtet, von sich aus revidieren würden. Es fällt keinem Politiker ein Zacken aus der Krone, wenn er nach sachlicher, also nicht nur taktisch-opportunistischer Überprüfung, einräumt, falsch gehandelt oder geirrt zu haben.

3/ Die Entscheidung ist bei Würdigung aller Argumente richtig, zumindest vertretbar, und ausreichend begründet. Sie widerspricht jedoch, tatsächlich oder vermeintlich, der Interessenlage der protestierenden Bürger, in der Regel einer Minderheit. In diesem Fall können und dürfen die Politiker, wenn sie sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, nicht nachgeben; und niemand, Bürger oder Politiker, darf wollen, daß die nach unserem Verfassungssystem auf Zeit zur Herrschaft Berufenen ihre als richtig erkannte Entscheidung auf Druck zurücknehmen und durch eine andere, weniger gute, sachlich nicht zu rechtfertigende Entscheidung ersetzen. Nachgiebigkeit in einem solchen Fall wäre blanker Opportunismus und müßte letztlich zur Handlungs- bzw. Regierungsunfähigkeit des demokratischen Staates führen.

Demokratisches Engagement, das frei sein muß von irrationalen Prestigegegedanken, beweist sich weder in dem bedenken-, oft sogar rücksichtslosem Bestreben, einige Ansprüche und Interessen absolut zu sehen und "auf Kraft" durchzusetzen, seien es Machtansprüche oder sektorale Ansprüche aus einseitiger sozial-ökonomischer Interessenlage, noch in der willfährigen Bereitschaft von Politikern, solchen Bestrebungen ohne sachliche Notwendigkeit nachzugeben. Demokratisches Engagement muß sachlich fundiert sein; die Politiker müssen sich argumentativ über Sachprobleme auseinandersetzen und im Rahmen ihrer durch Wahl gegebenen Legitimation zur Sache entscheiden; und die Bürger müssen durch ihr Engagement dazu beitragen, daß dies geschieht.

(-/21.4.1977/bgy/1a)